

Radioreport Recht
Aus der Residenz des Rechts
Dienstag, den 25. Juli 2023

<https://www.swr.de/swr1/sendung-sw1-radioreport-recht-100.html>

Mit Max Bauer

Asyl in Europa – Was bringt die Reform des europäischen Asylsystems?

Anuscheh Farahat: Rechtspolitisch muss man diesen Vorschlag als einen rechtspopulistischen Vorschlag werten, weil er eben eine Forderung bedient, von der offenbar Herr Frei glaubt, dass sie bei der Bevölkerung gut ankommt. Umsetzbar ist sie indes aus den genannten völkerrechtlichen und menschenrechtlichen Gründen nicht.

Max Bauer: Das sagt die Juraprofessorin Anuscheh Farahat, Expertin für Migrationsrecht an der Universität Erlangen-Nürnberg. Sie sagt das zu dem Vorschlag von CDU-Politiker Thorsten Frei. Der hatte gefordert, das individuelle Recht auf Asyl abzuschaffen. Es müsse ein festes Kontingent von 300.000 bis 400.000 Geflüchteten geben, die jährlich in Europa aufgenommen werden. Aber eben keine Einzelfallprüfungen mehr. Ein Vorschlag, der gegen die Genfer Flüchtlingskonvention verstößt, sagen Experten. Und ein Vorschlag aus der CDU, der zeigt, wie aufgeladen die Asyldebatte derzeit ist. Auch in der Europäischen Union. Die einen verweigern den Flüchtlingsschutz ganz, wie Ungarn und Polen. Die anderen sagen, es kommen zu viele Geflüchtete zu uns. Und wieder andere kritisieren, dass es einfach nur unmenschlich ist, dass Europa Menschen im Mittelmeer ertrinken lässt und keine sicheren Wege nach Europa bietet. In dieser Situation hat die EU eine Reform des

gemeinsamen Asylsystems beschlossen. Diese Reform muss zwar noch durch das EU-Parlament, aber im Großen und Ganzen ist klar, was kommen soll. Über diese Reform und ihre Probleme habe ich mit der Rechtsanwältin Maria Kalin gesprochen, sie auf Migrationsrecht spezialisiert. Ich habe sie gefragt: Gibt es eigentlich gemeinsame Ziele der EU oder kocht jeder sein eigenes Süppchen?

Maria Kalin: Eigentlich habe ich schon das Gefühl, dass jeder sein eigenes Süppchen so ein bisschen kocht, weil natürlich auch die Probleme je nach Land erstmal unterschiedlich gedeutet werden. Also wenn Sie sagen, Sie nehmen ein Land wie Griechenland, die sagen, es kommen zu viele zu uns, wir sind damit total überlastet. Wir brauchen eine andere Verteilung. Länder wie Ungarn sagen nein, wir müssen uns komplett abschotten, es darf gar niemand hierherkommen. Länder wie Deutschland sehen zum Beispiel das Dublin-Verteilungssystem funktioniert nicht, weil Schutzsuchenden nicht dort bleiben, wo sie eigentlich sollen. Es gibt schon andere Problemlagen. Und auch je nachdem, wie die Politik im jeweiligen Land ist, da ist natürlich dann die Zielsetzung auch anders. Also wir sehen eben ganz viele populistische Strömungen, die sagen, wir brauchen insgesamt weniger Schutzsuchende. Und es gibt noch einige Stimmen, die sagen, nein, wir brauchen erst mal ein gutes System, wie wir mit den Leuten umgehen, die hierherkommen und Schutz brauchen.

Max Bauer: Viele unterschiedliche Ziele sind im Spiel bei der Reform des gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Aber was kommt am Ende dabei raus? Was soll sich genau ändern?

Maria Kalin: Also der Plan ist jetzt erstmal, von dieser GEAS-Reform, also vom gemeinsamen europäischen Asylsystem, dass man sagt, wir möchten gar nicht so eine ganz grundsätzliche Reform, wie wir das eigentlich gerne vielleicht mal gehabt hätten, sondern es bleibt dabei, ist bleibt sehr viel Last auf den Außengrenzen. Man möchte einfach versuchen, möglichst die Asylverfahren an den Rand von Europa zu legen, dass dort sogenannte Grenzverfahren dann durchgeführt werden, dass sehr viele Schutzsuchende erstmal an den Grenzen Europas aufgefangen werden oder aufgehalten werden, bevor sie weiter in die EU einreisen können. Und dann soll eben an diesen Grenzen Europas schon mal geprüft werden, gibt es denn überhaupt einen Anspruch auf Asyl? Ist die Person überhaupt berechtigt, einen Asylantrag zu stellen? Oder ist sie vielleicht auch in einem Anrainerstaat vielleicht sicherer und kann deshalb schon gar nicht in die EU einreisen. Also immer versucht eigentlich, sich schon mehr abzuschotten nach außen. Und

das finde ich sehr schade, denn es geht mehr darum, Leute abzuhalten. Und nicht darum wie können wir mit den Leuten, die hierherkommen, gerecht und human umgehen?

Max Bauer: Abschottung als erstes Ziel. Ein Mittel dafür sollen Aufnahmelager an den Außengrenzen sein. Dort soll es Schnellverfahren geben und zwar für alle, die nach Europa kommen. Jeder müsste erst einmal an den Außengrenzen bleiben.

Maria Kalin: Genau jeder soll erst mal den Außengrenzen bleiben. Das ist auf jeden Fall der Plan. Und es ist ja eigentlich heute auch schon der Plan des bestehenden Systems, weil wir auch sagen, Asylverfahren sind erst mal im Ersteinreiseland durchzuführen. Das bedeutet auch, dass es im Moment auch schon so ist, dass eigentlich vorgesehen ist, dass die Länder, in denen die Geflüchteten zuerst einreisen, zuständig sind für die Durchführung der Verfahren. Also daran ändert sich jetzt auch tatsächlich gar nichts so stark. Man hofft jetzt halt nur noch, dass man das ein bisschen mehr zementieren kann und durch so Mittel wie dann eben schnellere Verfahren oder auch so Zulässigkeitschranken da noch mal die Verfahren ein bisschen mehr einzuschränken. Aber deshalb habe ich ja auch Zweifel, dass es funktioniert. Denn tatsächlich ändert sich ja nicht wirklich was.

Max Bauer: Die Staaten an den Außengrenzen, Griechenland und Italien vor allem, werden weiter die Hauptlast bei der Aufnahme von Geflüchteten tragen, sagt Rechtsanwältin Maria Kalin. Es gibt nun im internationalen Flüchtlingsrecht einen ganz zentralen Grundsatz: Wer Schutz sucht, hat einen individuellen Anspruch darauf, dass sein Antrag auf Schutz geprüft wird. Und solange darf er nicht zurückgewiesen werden. Bleibt denn dieser Grundsatz bei den Schnellverfahren erhalten?

Maria Kalin: Nein, leider gar nicht. Denn da sind einfach so Mechanismen drin, dass wir sagen, wenn jemand zum Beispiel aus einem sogenannten sicheren Drittland kommt, müssen wir uns die individuellen Gründe schon gar nicht mehr anschauen. Oder wenn wir sagen, wir haben bestimmte Quoten aus sogenannten sicheren Herkunftsländern, dann können wir den auch ganz schnell ablehnen und gar nicht uns so genau die individuellen Gründe immer anschauen. Leider bleibt es dann gar nicht dabei. Da geht der individuelle Flüchtlingsschutz total verloren. Und die Bundesregierung sagt zum Beispiel im Moment naja, sichere Herkunftsländer, das sind dann ganz hohe Standards. Aber wenn man sich das anschaut, ist es halt im Moment schon so, dass zum Beispiel syrische und afghanische

Geflüchtete ganz häufig über die Türkei nach Griechenland in die EU einreisen. Und schon heute sieht Griechenland die Türkei als sicher an. Das bedeutet, die würden auch in dieses System fallen. Und dann würde Griechenland sagen naja, wir sind gar nicht zuständig. Ihr könnt ihr doch alle in der Türkei sicher sein. Ohne dass sich angeschaut wird, was haben die Personen denn nun tatsächlich erlebt? Und das geht natürlich daran total vorbei, was wir unter einem guten Flüchtlingsschutz eigentlich verstehen.

Max Bauer: Auch Menschen aus Syrien oder Afghanistan können in den neuen Schnellverfahren landen. Wobei die doch eigentlich da sein sollten für Menschen aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten. Ein weiterer Kritikpunkt an der Reform: Die neuen Lager an den Außengrenzen. Auch Familien mit Kindern könnten in solchen Lagern landen.

Maria Kalin: Das ist leider nicht ausgeschlossen, und das bricht mir auch so ein bisschen auch menschlich das Herz. Also rechtlich finde ich das ganz schwierig, weil wir eigentlich als Europäische Union uns die Menschenrechte und auch den Kinderschutz auf die Fahnen geschrieben haben, und auch die UN-Kinderrechtskonvention als Deutschland unterzeichnet haben und gesagt haben, Kinder brauchen so einen ganz besonderen Schutz. Und es wird jetzt aber so sein, dass eben auch Kinder in diesen Lagern inhaftiert werden und dort jahrelang leben müssen und ausgeschlossen sind von einem kindgerechten Leben und einem kindgerechten Aufwachsen. Ich war selbst schon auf Lesbos mehrere Male und habe diese Lager gesehen. Und das wünsche ich keinem Kind. Das ist so schrecklich, wenn man das sieht, unter welchen Bedingungen wir Kinder zwingen, dort aufzuwachsen. Und wir haben zwar immer so im Blick allein reisende Kinder, die von der Familie auf der Flucht getrennt wurden, die dann besonders zu schützen sind. Aber es geht natürlich auch um die Kinder, die mit ihren Familien irgendwo einreisen. Die brauchen ja deswegen nicht weniger Schutz, nur weil sie das Glück haben, noch Familie um sich herum zu haben. Aber auch diese Kinder brauchen Zugang zur Schule, brauchen Zugang zu Sicherheit, brauchen Zugang einfach zu einem Vertrauen. Und das wird da total zerstört, indem einfach Familien, auch mit Kindern, in diese Lager weggesperrt werden, jahrelang. Und keinen Zugang haben zu einem menschenwürdigen Leben.

Max Bauer: Ein menschenwürdiges Leben für Menschen, deren Asylanspruch geprüft wird. Die griechische Regierung sagt nun: Es wird neue Lager geben, die alle Standards erfüllen. ARD-Griechenland-Korrespondent

Moritz Pompl hat sich für uns angeschaut, was es mit diesen neuen Lagern auf den griechischen Inseln auf sich hat.

Moritz Pompl: Das geschlossene Flüchtlingslager auf der Insel Kos in Richtung Türkei liegt weit ab vom Schuss. Auf Englisch heißt es Closed Controlled Acces Center. Um bis hierher ins Lager zu gelangen, geht es hinauf in die Berge. Versteckt zwischen den Hügeln taucht ein hoher Zaun mit Stacheldraht auf, der ein Containerdorf umschließt. Wer hinein will, muss durch eine Sicherheitsschleuse ähnlich wie am Flughafen. Mit Röntgengerät, Wachpersonal und Kameras. Bewohner müssen eine Chipkarte an einen Laser halten und die Schranke zusätzlich mit einem Fingerscan freigeben. Raus darf man nur von acht bis 20 Uhr. Drinnen sieht alles wohlgeordnet aus Container neben Container mit Warmwassermodule auf den Dächern. Es gibt Gemeinschaftsküchen und Bäder, Spiel- und Sportplätze. Um Konflikte zu vermeiden, sind die Bewohner nach Herkunft sortiert untergebracht. Die EU hat Griechenland mit insgesamt fast 280 Millionen Euro unterstützt. Die konservative Nea Dimokratia von Premierminister Kyriakos Mitsotakis hat den Plan, fünf solcher Lager auf verschiedenen Inseln zu errichten. Man hat die Lager immer wieder als große Verbesserungen gepriesen. Ex-Migrationsminister Notis Mitarachi:

Notis Mitarachi: Much better living conditions

darüber: Viel bessere Lebensbedingungen und jeder hat viel mehr Platz und volle Ausstattung.

Moritz Pompl: Tatsächlich sind die neuen Lager kein Vergleich mehr zu den alten Zeltstädten. Immer wieder haben NGOs dort von unhaltbaren hygienischen Zuständen gesprochen. Menschen hätten zwischen Ratten und Schlangen gelebt. Aber zumindest einige der Lager waren näher dran an den Städten. Jeder konnte kommen und gehen, wann er wollte. Die neuen Lager sind isoliert. Dadurch sei die Integration schwierig, bemängelt Owen Breu von Ärzte ohne Grenzen auf der Insel Samos.

Owen Breu: Most of this people ...

darüber: Die meisten hier im Lager haben eh schon eine traumatisierende Geschichte in ihrem Land oder auf der Flucht. Und hier der hohe Zaun mit Stacheldraht, all die Sicherheitsmaßnahmen in diesem unpersönlichen Camp. Das hilft nicht gerade für die ohnehin schon fragilen Menschen.

Moritz Pompl: Die Arbeit für NGOs in den Lagern sei es sehr schwierig geworden, weil man nur noch schwer hineinkommt. Es wäre gut, sagt Breu, wenn zumindest dieser Kontakt mit den Menschen wieder leichter würde. Und es gibt auch Kritik an der Flüchtlingspolitik insgesamt. Viele Menschen im Lager, sagt Breu, berichten, sie, hätten es mehrfach versucht, aus der Türkei hierher. Aber sie seien von der griechischen Küstenwache abgedrängt oder wieder aufs Meer hinausgebracht worden. Indizien für solche illegalen Pushbacks gibt es viele. Aber die griechischen Behörden und auch die EU-Grenzschutzagentur Frontex sagen, man sei daran nicht beteiligt.

Max Bauer: ARD-Griechenland Moritz Pompl über die neuen Lager für die Schnellverfahren an Europas Außengrenzen. Die Kritik, die es an diesen Lagern gibt, das ist im Grund eine ganz zentrale Kritik: Nämlich man würde Menschen, die eigentlich nur darauf warten, dass ihr Schutzbegehren geprüft wird, inhaftieren. Rechtlich ist das problematisch, sagt auch Rechtsanwältin Maria Kalin.

Maria Kalin: Der EuGH hat eigentlich schon mehrfach entschieden, dass eine Haft über das Mindestmaß, was vielleicht mal nötig ist, hinausgeht, dass sie unzulässig ist. Also auch das jetzige System sieht vor, dass Personen inhaftiert werden können, im Rahmen von Asylverfahren auch zur Vorbereitung von Ausweisungen, wenn dann ein Asylantrag scheitert. Aber das sind dann ebenso immer die Ultima-Ratio-Maßnahmen, also immer so das allerletzte Mittel, was wir eben anwenden dürfen. Und jetzt ist eben vorgesehen, dass wir Menschen wirklich sehr, sehr lange wegsperren und sehr, sehr lange einsperren oder in der Bewegungsfreiheit eingrenzen. Und man kann sich das ja nicht so richtig vorstellen, wie das ist, wenn man dann wirklich jahrelang in so einer ganz prekären Situation leben muss. Das macht Menschen richtig kaputt. Und auch wenn vielleicht Personen nicht eine schlimme Foltererfahrung im Herkunftsland erlebt haben, ist es dann oft so, dass die dann traumatisiert werden durch diese Aufenthalte in den Lagern und durch dieses Aberkennen ihrer Menschenrechte, indem sie in diesen Lagern sitzen oder in Haft sitzen. Weil das macht zum Beispiel auch den Zugang zur Anwaltschaft, den Zugang zum Recht, den Zugang zu NGOs viel schwieriger, weil die ja auch ganz schwer nur Zugang haben. Und da können wir dann auch oft, wenn wir prekäre Fälle haben, auch gar nicht helfen, weil wir gar nicht dorthin kommen, weil es eben Haftbedingungen sind. Und die Menschen kommen nicht raus, und die Helfer kommen nicht rein.

Max Bauer: Rechtsanwältin Maria Kalin spricht hier die Frage an, ob Geflüchtete in den Lagern an den Außengrenzen überhaupt effektiven Rechtsschutz für ihre Asylverfahren bekommen können.

Maria Kalin: Ganz schwierig, weil, wie gesagt, der Zugang auch schwierig ist für die Leute, die sich mit dem Recht auskennen zu diesen Lagern. Und die Leute kommen ja auch nicht raus aus den Lagern, zu den Personen, die sich auskennen. Und wenn man sich das heute schon anschaut, wir haben kaum Anwaltschaft, die vor Ort ist. Wenn sie vor Ort ist, ist sie unglaublich überlastet. Und wir können dann immer nur so tropfenweise einzelne Fälle vielleicht mal aufgreifen und auch nach oben tragen. Weil natürlich wird es auch nicht finanziert. Diese Personen haben ja auch keine finanziellen Mittel häufig, um sowas zu finanzieren. Das heißt, wir sind da auch auf NGOs angewiesen, die sowas dann mal unterstützen und tragen. Und das sind dann aber immer nur krasse Einzelfälle. Aber für die Masse besteht so was wie ein Rechtsschutz oder ein Zugang zum Recht meiner Meinung nach dann überhaupt nicht mehr. Und in den Debatten wurde auch kritisiert, dass das ist viel zu kurz ist. Also das zwar theoretisch so ein Anspruch besteht, auch Entscheidungen nachprüfen zu lassen. Aber praktisch umzusetzen, wie das dann gemacht werden soll, das wird eigentlich weggeschoben in den Entscheidungen. Und dann wird gesagt, ja, das sollen dann die jeweiligen Länder sich überlegen. Aber auch die Länder etablieren keine Systeme, wo kann ich jetzt Asyl-Anwaltschaft zum Beispiel herbekommen? Oder wie finanziere ich dann so ein System? Und wie bekomme ich Unterstützung für diese Personen oder Beratungsangebote? Das fällt dann leider immer so unter den Tisch und die rein theoretische Möglichkeit genügt einfach nicht.

Max Bauer: Familien mit Kindern in Lagern, praktisch kaum Zugang zu Anwältinnen und Anwälten. Grundlegende Rechte von Geflüchteten wären eingeschränkt, wenn sie in Lagern an den europäischen Außengrenzen festgehalten werden, sagt Rechtsanwältin Maria Kalin. Der die geplante EU-Asylreform ist also eine Reform, an der man vieles kritisieren kann. Aber wäre eine andere Lösung möglich gewesen, bei den vielen verschiedenen Stimmen in Europa? Katarina Barley, SPD-Politikerin und Vizepräsidentin des Europaparlaments sagt nein. Ein anderer Kompromiss sei im Moment nicht drin.

Katarina Barley: Für mich steht absolut im Vordergrund, den jetzigen Zustand zu verändern. Wir haben einen Zustand, wo wir Elendslager haben, wo die Menschen nicht zwölf Wochen bleiben, sondern Jahre in Zelten und unter wirklich unwürdigsten Bedingungen, wo Küstenwachen Schlauchboote

zerstören und die Menschen darauf zurück ins Meer schieben, wo sie ertrinken. Das ist der jetzige Zustand. Und dann kann man eben nicht sagen, wie sieht meine ideale Lösung aus? Die hätten wir niemals bekommen.

Max Bauer: So SPD-Europapolitikerin Katarina Barley. Allerdings kritisiert auch sie, dass Familien mit Kindern in Zukunft an Europas Außengrenzen in Lager gezwungen werden.

Katarina Barley: Für uns hat der Schutz von Minderjährigen sehr hohe Priorität. Und wenn CDU und CSU sich immer als die große Kinderschutzpartei darstellt, dann finde ich, sollte sie das auch bei anderen Kindern tun.

Max Bauer: Viele menschenrechtliche Fragezeichen also hinter dem Asyl-Kompromiss der EU. Und damit geht unser SWR1 Radioreport Recht zu Ende. Asyl in Europa – Was bringt die Reform des europäischen Asylsystems? war heute unser Thema. Mein Name ist Max Bauer, ich sage: Dank fürs Zuhören.